

Corona – Die Einwohnerzahl als Manipulationsgröße?

Zu den wichtigsten Kennzahlen im Zeichen von Corona zählt die sog. 7-Tage-Inzidenz, d.h. die Zahl der gemeldeten Infektionen je 100.000 Einwohner. Das wird in der Öffentlichkeit etwas vereinfachend mit einem Ampelsignal verdeutlicht:

- Liegt der Wert unter 35 zeigt die Ampel grün,
- Bewegt der Wert sich zwischen 35 und 50 ist die Ampel gelb und wechselt je näher sie an die Zahl 50 annähert zu orange,
- Oberhalb von 50 springt die Ampel dann auf rot und löst damit weitere Beschränkungen aus (z.B. regionale Beherbergungsverbote).

Während der Zähler dieser Kennzahl eindeutig feststeht (allerdings mit der Einschränkung, dass die übermittelten Zahlen der Gesundheitsämter vollständig sind), wird die Bezugsgröße „Einwohner“ offensichtlich unterschiedlich interpretiert. So gibt es zum einen die amtliche Statistik, die auf der Fortschreibung des Zensus 2011 beruht. Zum anderen können die örtlichen Melderegister herangezogen werden. Die Ergebnisse weichen – wie nicht anders zu erwarten – voneinander ab. So werden z.B. für Hamburg oder Berlin im Melderegister höhere Zahlen als nach der amtlichen Statistik ausgewiesen.

Werden im Land unterschiedliche Bezugsgrößen herangezogen, hat das natürlich Auswirkungen auf die zu treffenden Maßnahmen. Dass dies nicht trivial ist, zeigt ein Rückblick auf den Zensus 2011. Zwar waren die Abweichungen zwischen Zensus und Melderegister bundesweit betrachtet vergleichsweise gering, das galt jedoch nicht für jeden Einzelfall. So hatte Mannheim nach dem Zensus rd. 7,5% weniger Einwohner als im Melderegister erfasst. Es kann daher nicht sein, dass jede Stadt und jeder Landkreis die für ihn günstigste Bezugsgröße wählt. Vielmehr muss es eine allgemeingültige Festlegung – in diesem Fall auf die amtliche Statistik – geben.

Oktober 2020

Zur Illustration ein Beispiel aus der Schweiz, wie mit veränderten Bezugsgrößen „operiert“ werden kann:

„Bei der Polizei einer schweizerischen Großstadt wurde befohlen, dass die Polizistinnen und Polizisten mehr Zeit ‚auf der Straße‘ verbringen sollen, um die Polizeiarbeit sichtbarer zu machen, damit das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger verbessert wird. Um die Ausführung dieses Befehls festzustellen, wurden Vorgaben über die Kennzahlen gemacht, die aufgrund der individuellen Zeitrapporte errechnet wurden. Wie in anderen Städten auch standen die Beamtinnen und Beamten der Polizei mangels Personal unter hohem Leistungsdruck. Da der Befehl sehr schwierig auszuführen war, ohne andere Pflichten und Aufgaben zu vernachlässigen, hat sich die Erhebungspraxis geändert: Früher hatte ein Außeneinsatz mit der Rückkehr ins Hauptquartier geendet, heute endet er erst, wenn das Protokoll zum Außeneinsatz erfasst ist. Durch die Änderung der Erfassungspraxis ist die Kennzahl zu den Außeneinsätzen deutlich angestiegen, die

Kennzahl zu den administrativen Aufgaben gesunken. An der Praxis der Außeneinsätze hat sich aber nicht viel verändert."

Quelle. A. Hunziker, Führen mit Kennzahlen in der öffentlichen Verwaltung, Verwaltung und Management 2/2011 S. 74